

Europas Engagement in  
seiner Nachbarschaft  
Benita Ferrero-Waldner

Robert Bosch **Stiftung**

Europas Engagement in  
seiner Nachbarschaft  
Benita Ferrero-Waldner

## Europa bauen – den Wandel gestalten

Dr. Benita Ferrero-Waldner, EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik, sprach am 18. November 2008 in der Vortragsreihe »Europa bauen – den Wandel gestalten« der Robert Bosch Stiftung zum Thema »Europas Engagement in seiner Nachbarschaft«.

Vor rund 700 Gästen zeigte Ferrero-Waldner auf, dass die Europäische Union ein global player ist: Die Union erwirtschaftet ein Viertel des weltweiten Bruttonationalprodukts, 60 % der internationalen Hilfe für Frieden und Entwicklung kommen aus der EU, fast 100 000 Soldaten der Mitgliedsstaaten befinden sich in weltweiten Friedenseinsätzen. Um diese Führungsrolle auf der Weltbühne erfolgreich wahrnehmen zu können, muss die EU einheitlich auftreten, gemeinsam vorgehen. Es gilt, mit einer Stimme zu sprechen.

Die Herausforderungen – etwa: Energieversorgung, Umweltschutz, Migrantenströme – sind zahlreich und groß, und sie machen an den Grenzen Europas nicht halt. Es geht daher darum, europäische Lösungen zu finden. Dabei sind Investitionen in Europas Nachbarschaft im Interesse unserer Sicherheit und unseres Wohlstands. Deshalb muss sich die Union weiter für bessere Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und Wirtschaftsreformen in ihren östlichen und südlichen Partnerländern engagieren. Von der Ukraine bis nach Marokko muss die EU inneren Wandel ihrer Nachbarn begleiten und stärken.

Zur Nachbarschaftspolitik gehören auch ganz besonders die Beziehungen zu Russland. Trotz wiederkehrender Meinungsverschiedenheiten sind die Union und Russland wirtschaftlich bereits eng verflochten. Dieses Verhältnis gilt es konstruktiv zu gestalten. Russland muss, wie auch die anderen »aufstrebenden Volkswirtschaften« Brasilien, Indien und China, eingebunden werden, um globale Probleme wie die Finanzkrise zu lösen.

Eine zentrale Achse der Weltpolitik bleibt die Freundschaft zwischen der EU und den USA. Aufbauend auf dem Fundament gemeinsamer Werte werden die transatlantischen Partner auch in Zukunft im »Globalisierungsmanagement« zusammenarbeiten. Aufgaben gibt es mehr als genug: Der Nahostfriedensprozess, Afghanistan, Pakistan, Irak, Iran – die Liste ließe sich fast beliebig verlängern.

Die europäische Außenpolitik hat sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten kräftig entwickelt. Für Ferrero-Waldner ist sie der »dynamischste Wachstumsmarkt der europäischen Politik«.

Frau Dr. Ferrero-Waldner ist Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik. Außenbeziehungen erklären sich nahezu von selbst, aber wie verhält sich dazu die Nachbarschaftspolitik? In einer Bürgerumfrage der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2006 konnten 80 Prozent der Befragten mit dem Begriff »Europäische Nachbarschaftspolitik« nichts anfangen. In Deutschland sieht es nicht ganz so trüb aus, verehrte Frau Kommissarin, hier konnte sich immerhin ein Drittel der Befragten unter europäischer Nachbarschaftspolitik etwas vorstellen.

Der Begriff ist letztlich nicht entscheidend, und von den Inhalten dieser Politik liest man jeden Tag in der Zeitung. Schließlich geht es um die Beziehungen zu Nachbarn der Europäischen Union, genauer um Anrainerstaaten, die über Land- oder Seegrenzen mit der EU verbunden sind, außerdem noch Armenien und Aserbaidschan. Und da ist es dann auch selbstverständlich, dass sich eine Europäische Union um gute Beziehungen zu ihren Nachbarn kümmert. Man kennt das schließlich aus dem privaten Umfeld, dass gute nachbarschaftliche Beziehungen für ein gedeihliches Miteinander enorm wichtig sind. Und wer schon einmal einen bösen Nachbarn hatte, weiß, wie sehr man darunter leiden kann. Für die Pflege dieser guten und freundschaftlichen nachbarlichen Beziehungen der EU ist Frau Ferrero-Waldner in der Kommission zuständig. Und wenn es richtig unfreundlich wird, gibt sie die Sache an Javier Solana ab.

Verehrte Frau Ferrero-Waldner, Sie sind in der Reihe unserer Stiftungsvorträge in gewisser Weise ein Novum. Die Stiftungsvorträge der Robert Bosch Stiftung gibt es bereits seit dem Jahr 1982, also seit 26 Jahren. Und in zwei von drei Vortragsreihen der Stiftungsvorträge haben wir uns mit europäischen Fragestellungen befasst. Die gegenwärtige Vortragsreihe trägt den

Titel »Europa bauen – den Wandel gestalten«. Diese davor liegende zweite Vortragsreihe hatte zum Thema »Umbrüche und Aufbrüche – Europa vor neuen Aufgaben«. Dennoch haben wir erst heute zum ersten Mal ein Mitglied der Europäischen Kommission als Vortragende, und wir sind sehr dankbar und freuen uns, dass Sie, verehrte Frau Ferrero-Waldner, als erste EU-Kommissarin hier bei uns in Stuttgart zu Gast sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Europa steht immer noch oder schon wieder vor großen Herausforderungen. Der Integrationsprozess ist ins Stocken geraten. Nachdem die Franzosen und die Niederländer die Europäische Verfassung abgelehnt haben, haben die Iren auch die abgespeckte Kompromissversion zurückgewiesen. Wie es nun weitergehen soll, weiß niemand genau; eines aber ist gewiss: Die Politiker in den Mitgliedsstaaten und in Brüssel müssen ihr Ohr näher am Bürger haben, wollen sie nicht ein weiteres Mal in dieser Frage scheitern. Auch für eine Erweiterung der Europäischen Union stehen die Zeichen schlecht. Jedenfalls fände eine Erweiterung unabhängig davon, um welches Land es sich handelt, in der Bevölkerung keine Mehrheit. Die Union kommt hier in eine schwierige Lage. Ein Beitritt ist für viele Kandidaten immer noch höchst attraktiv. Eine Aufnahme der Länder des westlichen Balkans, wie sie die von der Robert Bosch Stiftung initiierte und gemeinsam mit anderen Stiftungen finanzierte internationale Balkankommission vor vier Jahren gefordert hat, wäre im Interesse der Friedenswahrung und Konfliktvermeidung vor unserer Haustür wünschenswert. Der Türkei war ein Beitritt als sicher in Aussicht gestellt worden, die Beitrittsverhandlungen haben dann jedoch zu erheblichen Enttäuschungen auf türkischer Seite geführt. Inzwischen will eine Mehrheit der Türken ihr Land gar nicht mehr als Mitglied der EU sehen. Eine Lösung ist beliebig schwierig bis unmöglich. In diesem Umfeld hat es eine europäische Nachbarschaftspolitik besonders schwer. Zwar sind die Beitrittskandidaten nicht unmittelbar Adressaten der europäischen Nachbarschaftspolitik,

aber der Umgang mit diesen wird von den anderen Nachbarn höchst aufmerksam verfolgt. Schließlich hegen selbst Mittelmeer-Anrainerstaaten, die geographisch gar nicht zu Europa gehören, Beitritts Hoffnungen.

Ganz aktuell stellt sich auch die Frage, welche Auswirkungen die Finanz- und die sich abzeichnende Wirtschaftskrise auf Europa haben werden, auf den Integrationsprozess, auf den Erweiterungsprozess und auf die europäische Nachbarschaftspolitik. Wie viele Mittel kann die EU künftig für die Beziehungen zu ihren Nachbarn investieren? Im Schnitt stehen, wenn ich das richtig berechnet habe, für die europäische Nachbarschaftspolitik im Jahr nicht ganz zwei Milliarden Euro zur Verfügung. Nach Ansicht der Stiftung Wissenschaft und Politik ist das zu wenig, um die gesetzten Ziele zu erreichen. Zudem muss man befürchten, dass in der Zukunft eher weniger Geld zur Verfügung steht. Aber Geld ist nicht alles, viel wichtiger sind gute Ideen, die sich auch mit wenig Geld umsetzen lassen. Und noch wichtiger ist das Gespräch mit den Nachbarn. Wir leben mit unseren Nachbarn in Europa nicht anonym wie in einem Hochhaus, sondern eher wie in einer Einfamilienhaus-Siedlung. Man begegnet sich täglich, ist gleichermaßen an Ruhe, Sicherheit und guten Beziehungen interessiert und hat doch hin und wieder auch kleine Auseinandersetzungen, sei es, weil des Nachbarn Hund zu laut bellt oder sich ein Knabe über die Kirschen in Nachbars Garten hermacht. Ich bin gespannt zu hören, verehrte Frau Ferrero-Waldner, wie die EU auch im Alltäglichen mit ihren Nachbarn umgeht.

Lassen Sie mich nun zum Schluss wie üblich noch eine der Anmerkungen zur Biographie der Rednerin machen. Der Lebenslauf von Frau Dr. Ferrero-Waldner ist ein Musterbeispiel für Internationalität. Benita Ferrero-Waldner ist Österreicherin; sie wurde 1948 in Salzburg geboren, dort ging sie auch zur Schule und zur Universität. Sie studierte Rechtswissenschaften und schloss ihr Studium mit der Promotion mit unglaublich jungen

22 Jahren ab. Danach zog es sie zum ersten Mal in die weite Welt, wenn auch nur wenige Kilometer über die deutsche Grenze nach Freilassing, wo sie einige Jahre als Exportleiterin bei zwei deutschen Unternehmen arbeitete. Danach ging sie nach New York und war drei Jahre lang Sales Managerin for Europe bei einer amerikanischen Firma, anschließend erneut für zwei Jahre bei einem Unternehmen in Freilassing. Nach so viel Wirtschaft vollzog Benita Ferrero-Waldner einen grundlegenden Karrierewechsel. Sie wandte sich der Diplomatie zu, trat in den Höheren Auswärtigen Dienst Österreichs ein und begann eine beispiellose Karriere. Nach Stationen an den Botschaften in Madrid und Dakar, dazwischen immer im Außenministerium in Wien, ging sie nach Paris, wo sie von Juli 1990 bis Februar 1993 tätig war und bereits zur stellvertretenden Missionschefin avancierte. 1993 wurde sie stellvertretende Protokollchefin im Außenministerium in Wien und übernahm danach für etwa eineinhalb Jahre das Protokoll der Vereinten Nationen im Büro des Generalsekretärs Butros Gali. Nach Wien kehrte sie Mitte 1995 zurück als Staatssekretärin im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten und wurde fünf Jahre später selbst Bundesministerin für Auswärtige Angelegenheiten. Diese Aufgabe nahm sie über viereinhalb Jahre wahr, bis sie dann im November 2004 Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik in der Europäischen Kommission wurde. Benito Ferrero-Waldner hat viele Orden und Ehrenzeichen erhalten. Die Bundesrepublik Deutschland hat sie mit dem großen Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband des Verdienstordens ausgezeichnet. Und jetzt freuen wir uns sehr auf Ihren Vortrag.

Vielen Dank.



Benita Ferrero-Waldner

## Europas Engagement in seiner Nachbarschaft

Benita Ferrero-Waldner

Zum Ersten herzlichen Dank für diese tolle Einladung. Ich freue mich ganz besonders, dass ich sozusagen eine Serie beschließen darf, und zwar eine über Europa. Und ich möchte Ihnen ein Kompliment machen, Herr Berg. Ich glaube, Sie haben die präziseste Darstellung meines Curriculum Vitae gemacht. Ich hätte sie selber nicht einmal so gekonnt.

Verehrte Damen und Herren, nicht nur, weil Robert Bosch als erfolgreicher Unternehmer die Automobiltechnik laufend revolutionierte, sondern weil er vor allem durch sein philanthropisches Wirken die Allgemeinheit auch an seinen Erfolgen teilhaben ließ – wie ja die Stiftung zeigt – und nicht zuletzt auch durch dieses Wirken der Einrichtung Sie alle teilhaben lässt. Deshalb ist es besonders interessant und schön, hier zu sein.

Das Unternehmen Robert Bosch war sozusagen der »Prototyp« des sozial verantwortlichen Unternehmertums, das nicht kurzfristige Gewinnmaximierung, sondern langfristiges nachhaltiges Wachstum in Europa zum Ziel hatte und so letztlich Europas Wohlstand mit ermöglichte.

Diese gelebten Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft sind gerade in so stürmischen Zeiten wie diesen relevanter denn je. Und auch für das globale Europa, das ich heute als Kommissarin vertreten darf, sind sie ein wichtiger Maßstab für zukunftsorientiertes Handeln. Es ist daher eine Freude und Ehre zugleich, Ihnen heute die aktuellen Herausforderungen der europäischen Außenpolitik darzulegen.

Verehrte Damen und Herren, wenn ich von einem globalen Europa spreche, dann möchte ich betonen: Die Europäische Union ist bereits in vielfacher Hinsicht heute ein globaler Spielermacher – wenn ich das so sagen darf – und nicht bloß

Spielball internationaler Entwicklungen. Und die europäische Außenpolitik hat sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten enorm entwickelt. Um es wirtschaftlich auszudrücken, würde ich sie sogar als den dynamischsten »Wachstumsmarkt« der europäischen Politik bezeichnen, vielleicht zusammen mit den Bereichen Justiz und Inneres. Wir bilden mit einer halben Milliarde Menschen den weltweit größten Binnenmarkt und verwenden mehrheitlich heute den Euro, der inzwischen - wie Sie wissen - zur zweitwichtigsten internationalen Währung aufgestiegen ist und enorme Stabilität bringt. Nicht auszu-denken, was passiert wäre, hätten wir in der aktuellen Finanzkrise nicht den Anker dieser Einheitswährung. Das müssen wir uns auch immer wieder vor Augen führen.

Die Europäische Union ist heute auch die größte Wirtschaftsmacht der Welt. Mit nur 8 Prozent der Weltbevölkerung erwirtschaften wir über ein Viertel des globalen Bruttonationalproduktes. 59 der 100 weltweit größten multinationalen Unternehmen haben ihren Sitz in der Europäischen Union. Zudem sind wir auch der größte Geber von Wirtschafts- und Reformhilfe: 60 Prozent der internationalen Hilfsleistungen stammen aus der Europäischen Union. Wir investieren damit in Frieden und Entwicklung, ob in Palästina oder in Georgien, in Afghanistan oder in Afrika, um nur einige wenige Beispiele zu nennen.

Mit unserer wirtschaftlichen Stärke und unserem entwicklungspolitischen Engagement im Rücken sind wir politisch wirklich heute an allen Brandherden präsent, ob im Kosovo, in Afghanistan, im Nahostfriedensprozess oder im Tschad. So zum Beispiel sitze ich auch zusammen mit dem jeweiligen Außenminister der Ratspräsidentschaft - im Augenblick ist es Bernard Kouchner, es ist ja die französische Ratspräsidentschaft - und dem Hohen Vertreter Javier Solana für die Europäische Union im sogenannten Nahostquartett oder in der Gruppe der G8, also der Gruppe der acht wichtigsten Industrieländer,

zu denen - wie Sie wissen - auch in der Vergangenheit schon die fünf größten Schwellenländer regelmäßig hinzugezogen werden. Und im engeren militärischen Kontext wird die Union immer stärker: Wir sind eine wachsende Friedensmacht mit fast 100000 Soldaten unserer Mitgliedsstaaten im weltweiten Friedenseinsatz. Und, verehrte Damen und Herren, wir feierten gerade das 50-jährige Jubiläum der Europäischen Kommission, und zwar vor Kurzem, im Zuge dessen wir unseren Sitzungssaal im Berlaymont nach einem der Gründungsväter, dem bekannten Jean Monnet, umbenannt haben. Ich glaube, angesichts dieser unbestreitbar erfolgreichen Entwicklung können wir als überzeugte Europäer und Europäerinnen durchaus stolz auf das Erreichte sein.

Die Europäische Union ist auf der Weltbühne immer mehr in eine Führungsrolle geschlüpft. Diese integrierte, wirklich »europäische« Außenpolitik ist zudem in unserem ureigensten Interesse, denn die vernetzten Herausforderungen unserer Zeit machen vor Europas Grenzen nicht halt. Der französische Ökonom Alain Minc hat einmal gesagt: »Globalisierung ist für unsere Volkswirtschaften heute das, was für die Physik die Schwerkraft ist.« Man kann nicht ernsthaft dafür oder dagegen sein - man muss einfach damit leben. Umgekehrt warne ich aber gleichzeitig vor der oft unkritischen Selbstbejubelung einer transnationalen Elite. Die aktuelle Finanzkrise sollte hier absolut Anlass zu kritischer Selbstreflexion sein. Globalisierung ist eben keine Einbahnstraße. Sie hat ihre dunklen Seiten, die wir absolut managen müssen. Daher geht es bei der Globalisierung heute um ein ganz praktisches Globalisierungsmanagement zum Vorteil unserer Bürger. Wie können wir die Nachteile der Globalisierung abfedern, und wie können wir ihre potenziell enormen Vorteile weiter für Europas Bürgerinnen und Bürger nutzen? Genau diese Vorteile der globalen Vernetzung müssen wir - auch in schwierigen Zeiten - gegenüber den großen »Vereinfachern« an den Rändern des politischen Spektrums immer wieder unterstreichen, denn einfach die Zugbrücken hochzuklappen und es uns behaglich in

der »Festung Europa« einzurichten, das wäre wohl kontraproduktiv, ja langfristig fatal für unseren Wohlstand.

Verehrte Damen und Herren, bei dieser aktiven Gestaltung globaler Vernetzung spielen oft also technisch und als technisch und »intern« bezeichnete Politiken eine immer größere Rolle. Denken Sie an Sektoren wie Energie, Umwelt, Migration und Forschung und nicht zuletzt an den krisengeschüttelten Finanzsektor. Sie sind der Stoff, aus dem die Außenpolitik des 21. Jahrhunderts gemacht ist. Das bedeutet für uns Europäer, dass wir die ganze Bandbreite außenpolitischer Instrumente kohärenter einsetzen müssen. Das ist ja nicht zuletzt Ziel auch des EU-Reformvertrages, des Vertrags von Lissabon.

Wie sehr diese »internen« und »externen« Politiken miteinander vernetzt sind, sieht man in der aktuellen Finanzkrise. Die Krise hat gezeigt, welche wichtige und unverzichtbare Rolle die Europäische Union hier bei der Koordinierung und Umsetzung einer gemeinsamen europäischen Antwort auf solche Herausforderungen einnehmen muss.

Der gemeinsame Finanzaktionsplan der Staats- und Regierungschefs Anfang Oktober war zwar nicht nur ein erster, aber doch ein wesentlicher, ein entscheidender Schritt. Jetzt geht es darum, den Finanzsektor nachhaltig gemeinsam aus der Krise zu steuern und seine Folgen vor allem für die Realwirtschaft abzufedern. Das heißt, wir brauchen weiterhin eine entschlossene Unterstützung des Finanzsystems durch die Europäische Zentralbank und andere Zentralbanken. Und wir brauchen eine konsequente Umsetzung der Banken-Rettungspläne der Mitgliedsstaaten und entschlossene Maßnahmen, um die Ausbreitung der Krise auf alle Mitgliedsstaaten zu begrenzen. Dazu ist natürlich eine verstärkte Regulierung und wirkungsvollere Aufsicht notwendig. Das ist eine wichtige Lehre. Es kann nicht sinnvoll sein, dass zwei Drittel des europäischen Bankenvermögens auf 44 länderübergreifende Finanzeinrichtungen entfallen, diese aber in einem

gemeinsamen EU-Binnenmarkt 27 nationalen Finanzmarkt-aufsichten unterliegen. Zudem sollten die von der Kommission vorgestellten Vorschläge zur Einlagensicherung und Eigenkapitalanforderungen für Banken, zur transparenteren Bilanzierung und zu den Rating-Agenturen und Verantwortlichkeiten von Managern von Rat und Europäischem Parlament dann auch zügig vorangetrieben werden, um das nötige Vertrauen in das System wiederherzustellen.

Parallel dazu müssen natürlich auch Reformen auf globaler Ebene durchgeführt werden. Wenn man bedenkt, dass in einer einzigen Woche an den internationalen Devisen- und Derivatemärkten mehr Umsätze erzielt werden als im globalen Güterhandel eines gesamten Jahres und auch der Anteil kurzfristiger, oft spekulativer Transaktionen entsprechend groß ist, dann bedarf dies natürlich einer absoluten Neuaufstellung der internationalen Finanzinstitutionen.

Das ist daher ein wichtiges Signal, dass die Staats- und Regierungschefs am informellen, zuerst Europäischen Rat gemeinsame Ziele in Vorbereitung auf den Weltfinanzgipfel definiert haben. Das Treffen der G 20 vom letzten Wochenende konnte nun schon einen konkreten Fahrplan festlegen, diese globale Krise auch global zu bewältigen. Und das ist nicht wenig. Natürlich kann man das internationale Finanzsystem nicht innerhalb eines Wochenendes reformieren – das ist auch klar –, aber dadurch konnte doch ein wichtiger Grundstein für die Reform des internationalen Finanzsystems der Bretton Woods Institutionen gelegt werden. Dass dabei unsere internen Vorschläge wie zum Beispiel die Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen, die Regelung zu den Rating-Agenturen und zur transparenteren Bilanzierung als Basis für eine globale Lösung herangezogen werden, zeigt einmal mehr Europas Potenzial für »globales Leadership«. Und der Gipfel hat auch gezeigt, wie wichtig es ist, die sogenannten »emerging economies«, allen voran die – wir nennen sie BRICs (also Brasilien, Russland, In-

dien und China und viele andere mehr) - in ein globales Finanzsystem einzubinden nicht zuletzt deshalb, weil vor allem auch Asiens Volkswirtschaften zur »Sparkasse« der amerikanischen Wirtschaft geworden sind.

Verehrte Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle ein paar Worte zur transatlantischen Partnerschaft sagen. Der historische Sieg von Senator Obama bei den Präsidentschaftswahlen bedeutet zweifellos - ich glaube, da sind wir uns alle einig - einen Wendepunkt für die Vereinigten Staaten von Amerika und vielleicht auch in mancher Hinsicht für die ganze Welt. Wir können von dieser Wahl übrigens lernen - gerade in Zeiten der Euro-Skepsis und grassierenden Politikverdrossenheit, dass man in der Politik auch als optimistischer Mutmacher und nicht als Angstmacher Erfolg haben kann.

In Europa hoffen wir jedenfalls, dass wir mit Präsident Obama eine ehrgeizige Tagesordnung für ein gemeinsames Globalisierungsmanagement im Sinne eines effizienten - wie wir das nennen - Multilateralismus erstellen und abarbeiten können. Auch wenn Barack Obama noch nicht im Amt ist, sollte uns das nicht davon abhalten, ehrgeizige gemeinsame europäische Ziele gegenüber der neuen US-Regierung zu definieren. Das ist notwendig, wenn wir als gleichberechtigter Partner ernst genommen werden und Themen auch federführend gestalten wollen. Dazu müssen wir zum einen eine klare und einheitliche europäische Position vertreten und zum anderen auch innovative Lösungsansätze präsentieren können. Vor allem sollte unsere Partnerschaft zukunftsorientiert und darauf gerichtet sein, die sogenannten »emerging powers« - wie auch schon beim Weltfinanzgipfel dieses Wochenendes - stärker mit einzubinden und die Arbeit innerhalb der multilateralen Institutionen viel stärker zu intensivieren. Dabei stellen unsere gemeinsamen Werte, insbesondere der Schutz der Menschenrechte, die Rechtsstaatlichkeit, aber auch die Demokratie weiterhin das feste Fundament unserer Zusammenarbeit dar.

Für uns Europäer heißt das, jene konkreten Prioritäten zu bestimmen, für die wir eine EU-US-Partnerschaft am meisten benötigen. Lassen Sie mich Ihnen zwei Beispiele geben:

Erstens, im Nahost-Friedensprozess. Gerade vor zehn Tagen nahm ich am letzten Treffen des Nahost-Friedensquartetts teil in Scharm El-Scheich in Ägypten. Zum ersten Mal waren hier Mahmud Abbas, der Präsident der Palästinenser-Autorität, und Tzipi Livni, die Außenministerin, die designierte Premierministerin, selber anwesend, um uns zu berichten. Es war, glaube ich, ein wichtiges Zeichen zum einen, dass zum ersten Mal die Parteien anwesend waren, aber auch, dass sich die Quartett-Mitglieder trotz der politischen Umbruchsphasen in den USA und in Israel dem Nahost-Friedensprozess widmen, um das Momentum von Annapolis – Sie erinnern sich, ungefähr vor einem Jahr – und der Gespräche aufrechtzuerhalten: Wir haben zwar bisher leider kein umfassendes finales Friedensabkommen, aber beide Seiten haben vor allem auch auf technischer Ebene viel weitergebracht, auch in heiklen Statusfragen.

Auch darüber hinaus sind einige positive Entwicklungen zu sehen: So gibt es trotz der schwierigen Lage seit fünf Monaten einen Waffenstillstand in Gaza dank der Vermittlung durch Ägypten, dessen prekärer Status all unsere Unterstützung verlangt, wie es uns ja die Ereignisse der letzten Tage eigentlich wieder eindringlich verdeutlicht haben. Weiterhin arbeitet Präsident Abbas im Augenblick mit Hilfe Ägyptens auf eine Versöhnung von Fatah und Hamas hin, und es finden mittlerweile auch indirekte Gespräche zwischen Israel und Syrien statt, das heißt, es gibt Hoffnungsschimmer, aber es gibt auch immer wieder schwere Schwierigkeiten, Stolpersteine und die große Frage: Wird es weitergehen?

Natürlich müssen Israel und die Palästinenser-Behörde noch enorme Anstrengungen unternehmen, die wirklich großen po-

litischen Mutes bedürfen. Aber ich sehe doch den Willen der oben genannten Führungspersönlichkeiten, auch in den offenen Statusfragen zu Lösungen zu kommen. Sie wissen, es geht um die Grenzen, es geht um die Flüchtlinge, es geht vor allem um die Frage: Wie sieht es aus mit Jerusalem? Die verschiedenen regionalen Akteure wie zum Beispiel die arabischen Partner in diesen Prozess einzubinden, ist eine ganz wichtige zusätzliche modernere Komponente sozusagen dieses Nahost-Friedensprozesses. Nur so können wir eine umfassende Friedenslösung in dieser strategisch so enorm wichtigen Region erreichen. Freilich wissen wir, dass gerade jetzt die positiven Entwicklungen aufrechterhalten werden müssen. In Israel wird es Anfang Februar Wahlen geben, und erst danach kann man weitersehen, ob unser - ich würde sagen - vorsichtiger Optimismus wirklich hält.

Deshalb ist es auch so wichtig, dass sich eine neue US-Regierung vom ersten Tag an für die Fortführung dieses Nahost-Friedensprozesses einsetzt. Das wird aufgrund der hohen Erwartungshaltungen an Washington in anderen Bereichen wie im Irak oder Afghanistan - und auch im Lichte interner wirtschaftspolitischer Prioritäten - sicher nicht leicht sein.

Zweitens müssen wir auch in Afghanistan/Pakistan mit unseren amerikanischen Freunden eng zusammenarbeiten, um einen umfassenden regionalen Ansatz zu entwickeln, der beiden Ländern eine nachhaltige politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung ermöglicht. Ich sage eines ganz deutlich: Man kann die Herausforderungen Afghanistans nicht lösen, ohne auch nach Pakistan zu blicken - und umgekehrt, und natürlich das gesamte Umfeld aller unserer Nachbarn mit einzubeziehen. Der Regierungswechsel in Pakistan hat bereits jetzt zu einer Verbesserung des Klimas zwischen beiden Regierungen beigetragen und schafft hier eine Grundlage zu konstruktiver Zusammenarbeit. Diese extrem volatile Region muss stabilisiert werden, zum einen, um den wirtschaftlichen

und politischen Entwicklungsprozess vor Ort zu ermöglichen, aber auch, um die Sicherheit unserer Bürger in Europa zu gewährleisten.

Afghanistan, verehrte Damen und Herren, wird noch lange unserer Aufmerksamkeit und kontinuierlichen Unterstützung bedürfen, und eine enge Zusammenarbeit mit unseren transatlantischen Partnern ist unabdingbar in diesem Zusammenhang. Nur gemeinsam können wir Afghanistan auch in seiner demokratischen Entwicklung helfen, Fortschritte zu machen. Dies wird besonders im Rahmen der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen von großer Bedeutung sein. Die nächstjährigen Wahlen und ihre Vorbereitung werden von Afghanen und der Welt sicher auch als ganz wichtiger Meilenstein zur Konsolidierung der afghanischen Demokratie empfunden werden, in die ja gerade Deutschland politisch auch so viel investiert hat. Verehrte Damen und Herren, natürlich könnte ich diese transatlantische Agenda fast beliebig fortführen: Irak, Iran, die Länder der Nachbarschaftspolitik gegenüber dem Osten, aber auch die UN-Reform oder die weltweite atomare Abrüstung. Und auch die anderen nicht minder wichtigen Bereiche wie Klimaschutz und Energiesicherheit, den Kampf gegen den anhaltenden Terrorismus und die aktuelle Finanzkrise, alles das dürfen wir natürlich nicht aus den Augen verlieren.

Schließlich haben wir auch eine laufende bilaterale Agenda, die wir ganz besonders im Auge behalten müssen, insbesondere hinsichtlich unserer Wirtschaftsbeziehungen, wo wir in den letzten Jahren - vor allem, muss ich sagen, unter deutscher Ratspräsidentschaft - mit dem Transatlantischen Wirtschaftsrat neue Strukturen für einen verstärkten Dialog geschaffen haben. Der transatlantische Wirtschaftsraum ist ein enormer Markt, allein das tägliche Handelsvolumen entspricht fast zwei Milliarden Euro täglich. Dieses Potenzial können wir noch viel stärker nützen! Kurzum: Die transatlantische Freundschaft wird auch weiterhin eine zentrale Achse der Weltpolitik sein,

trotz gelegentlicher Auffassungsunterschiede. Das wissen wir, das wissen beide Seiten. Dabei ist es aber auch entscheidend, dass wir uns als EU, als Europäische Union, möglichst früh auf eine einheitliche Position einigen, mit einer Stimme sprechen – wie wir das nennen – und einen konkreten Beitrag in Krisenregionen leisten. Nur so werden wir natürlich auch gehört.

Und das sage ich ebenfalls ganz offen: Der transatlantische Dialog kann nur funktionieren, wenn es auf unserer Seite »des großen Teiches« keine »Polyphonie« gibt und wir zu unserer europäischen Verantwortung auch wirklich stehen. Und ich sage Ihnen ebenso: Kaum verhohlener Anti-Amerikanismus, den es immer wieder in Europa gibt, wie wir ihn leider in manchen Kreisen sehen, ist kein Ersatz für eine mutige europäische Außenpolitik.

Vehrte Damen und Herren, was wir Europäer alles erreichen können, wenn wir einheitlich auftreten, haben wir gerade auch im Fall Georgiens bewiesen. Jeder hat gesehen, wie wichtig es war, gemeinsam als Europäische Union einen Waffenstillstand auszuhandeln, um der militärischen Auseinandersetzung Einhalt zu gebieten. Ratspräsident Sarkozy hat im Namen der Union mit den Präsidenten Medwedjew und Saakaschwili verhandelt und mit dem Sechs-Punkte-Plan ein wichtiges Ergebnis erzielt. Das war und ist ein Erfolg für Europas Außenpolitik, den man nicht kleinreden sollte. Und ich möchte Ihnen sagen, dass die Kommission immer ganz eng mit der Präsidentschaft in allen Bereichen zusammengearbeitet hat, denn wir haben natürlich hier viele positive Instrumente anzubieten.

Die Umsetzung dieses Abkommens treiben wir jetzt voran. Es geht vor allem um die Stabilisierung vor Ort. Dabei spielt die neue EU-Beobachtermission eine ganz wichtige Rolle, die wir erst Anfang Oktober entsandt haben. Der Rückzug der russischen Truppen gemäß dem Waffenstillstandsabkommen war damit ein wesentlicher Schritt in Richtung der Umsetzung so-

zusagen dieses 6-Punkte-Plans, wenn auch die Fragen von Alkaghori und Kodori noch offen sind. Sie wissen, dass die Europäische Union die von russischer Seite ausgesprochene Anerkennung von Südossetien und Abchasien nicht anerkennt. Daher brauchen wir einen breiteren politischen Prozess. Und hierzu haben bereits diplomatische Gespräche in Genf unter der gemeinsamen Ägide von der Europäischen Union, der UNO und der OSZE begonnen. Unser politisches Augenmerk muss realistischerweise als erste Priorität hier vor allem auf die Rückkehr der intern Vertriebenen gerichtet sein, für die wir im Übrigen seit Ausbruch des Konflikts sofort humanitäre Hilfe geleistet haben.

Darüber hinaus geht es natürlich auch um den Wiederaufbau und die wirtschaftliche Stabilisierung Georgiens, aber auch der gesamten, geostrategisch so wichtigen Region, der Kaukasus-Region. Denken Sie nur an deren Rolle als Energie-Transit-Korridor für die EU. Wir konnten auf der Georgien-Geberkonferenz in Brüssel vor knapp einem Monat, deren Vorsitz ich geführt habe, ein entsprechendes Finanzpaket schnüren. Damit wird letztlich auch der breitere demokratische und marktwirtschaftliche Reformprozess in Georgien vorangetrieben werden, der notwendig ist. Die Europäische Union insgesamt wird zusammen mit anderen Gebern Mittel bereitstellen, die ungefähr bei 3,4 Mrd. Euro liegen. Und seitens der Kommission konnten wir bis zu 500 Mio. Euro für die nächsten Jahre freimachen. Ich glaube, das hat alle Erwartungen übertroffen, aber gleichzeitig wollen wir eben den Reformprozess dort begleiten. Die Georgien-Krise wirft aber natürlich, verehrte Damen und Herren, auch ein besonderes Licht auf das Verhältnis der Europäischen Union zu Russland. Gerade vergangene Woche fand das Gipfeltreffen zwischen Russland und der Europäischen Union statt.

Ich setze mich seit Jahren für ein gleichberechtigtes, aber auch ein realistisches Verhältnis zu Moskau ein. Wir müssen Russ-

land so sehen, wie es ist, und nicht so, wie wir es wünschen würden, dass es jetzt schon wäre. Aber wir dürfen eines dabei nicht vergessen: Russland und unsere Union sind heute aufs Engste miteinander verflochten, nicht nur im Energiebereich, wo die EU tatsächlich der wichtigste Abnehmer ist. 60 % der europäischen Öl- und Gasimporte kommen aus Russland.

Russland braucht aber umgekehrt dringend unser Kapital, unsere Technologie; seine Pipelines sind weitgehend nach Westen ausgerichtet, und seine Energieeinnahmen machen mehr als 60 % des Staatshaushaltes aus.

Auch über den Energiesektor hinaus boomen die Wirtschaftsbeziehungen. 80 % der ausländischen Direktinvestitionen in Russland kommen aus unseren Ländern. Und nicht zuletzt auf globaler Ebene arbeiten wir sehr eng zusammen und verfolgen gemeinsame Interessen – schließlich ist Russland ein wichtiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates, ob das nun gegenüber dem Iran, dem Nahen Osten oder irgendeinem anderen Krisenherd in der Welt ist.

Am 5. November habe ich dem Außenministerrat eine Mitteilung über die Bewertung der Beziehungen mit Russland vorgestellt, die von den EU-Mitgliedsstaaten nahezu einstimmig angenommen wurde. Darin habe ich auch eine Fortführung der Verhandlungen empfohlen, aber dieses »Audit«, das die Kommission vornimmt, ist eigentlich ein laufender Review-Prozess. Deshalb begrüße ich auch den Entschluss der Außenminister dann im Anschluss, im Vorfeld des Gipfels mit Russland, die Verhandlungen über ein neues Abkommen fortzuführen, wie wir es in der Kommission vorgeschlagen haben. Und ich habe immer klar gesagt: Es ist intelligenter und nützt Europa mehr, sich einem offenen, einem kantigen Dialog zu stellen, als »Megaphonie-Diplomatie« zu betreiben. Das ist generell eines meiner außenpolitischen Grundprinzipien, und ich bin immer gut damit gefahren.

Das Gipfeltreffen EU - Russland in Nizza am 14. November stand im Zeichen der oben genannten Wiederaufnahme der Verhandlungen zu einem neuen Abkommen EU - Russland und gab damit Annahme zur Hoffnung für eine erneuerte, offenere und ernsthafte Zusammenarbeit, wobei natürlich die oben beschriebenen Differenzen in der Georgienfrage uns im Genfer Prozess, der ja - glaube ich - gerade heute weitergeführt wird, weiter beschäftigen werden.

Und auch im Verhältnis zu Russland liegt es an uns Europäern selbst, uns nicht auseinanderdividieren zu lassen. Die Ereignisse in Georgien haben uns noch viel klarer vor Augen geführt, wie wichtig es für die Europäische Union ist, Stabilität, Sicherheit und Wohlstand in die Europäische Nachbarschaft, die Sie, Herr Berg, so klar angesprochen haben, zu projizieren und unsere Partner näher an Europa anzubinden. Deshalb arbeite ich mit Rat und Kommission gerade für eine Stärkung der Europäischen Nachbarschaftspolitik. Für diese ENP - wie wir sie kurz gesagt nennen - habe ich ja eine besondere Zuständigkeit.

Die Nachbarschaftspolitik voranzutreiben und zu vertiefen, ist - so meine ich - im ureigensten Interesse der Union, denn die Herausforderungen eben in unserer Nachbarschaft, ob es nun politische Instabilität, ob es Migration oder ob es eben Energiefragen sind, machen natürlich an Europas Grenzen nicht halt. Was wir erreichen wollen - und zu einem guten Teil bereits erreichen -, sind Sicherheit und Wohlstand durch Vernetzung. Es geht also nicht um Schaffung neuer Einflusszonen, sondern es geht um das Überwinden von Grenzen.

Und lassen Sie mich hier ganz deutlich sein: Die Herausforderungen, vor denen unsere Partner im Osten, aber auch im Süden - von der Ukraine bis Marokko sozusagen - stehen, sind trotz der Erfolge der letzten Jahre immer noch enorm, ob im Bereich der Regierungsführung, der Rechtsstaatlichkeit oder auch bei den Wirtschaftsreformen.

Flourierende Demokratien und Marktwirtschaften entstehen nicht über Nacht, meine Damen und Herren, und schon gar nicht durch bloßen Druck allein von außen. »Demokratie ist kein Instant-Kaffee«, wie mein Vorgänger als EU-Kommissar Chris Patten meinte, und ich finde es ein gutes Bonmot, sondern es geht darum, den inneren Wandel zu begleiten und zu stärken.

Um unsere Partner hierbei noch stärker als bisher zu unterstützen, müssen wir daher unsere europäischen Reformanreize, unsere Goodies sozusagen, verbessern, noch stärker differenzieren und die lokale Verantwortlichkeit verbessern. In diesem Sinn habe ich den EU-Mitgliedsstaaten auch vorgeschlagen, unsere Beziehungen zu den vier »avancierten« Partnern der Europäischen Nachbarschaftspolitik besonders zu intensivieren, nämlich der Ukraine, Israel, Moldawien und Marokko.

Andere Staaten zeigen derzeit ebenfalls großes Interesse, diesen Ländern zu folgen, das heißt, es ist eine gewisse Konkurrenz, ein Wettbewerb ausgebrochen. Auch das ist gut. Die Europäische Union muss also noch stärker in ihre Nachbarschaft investieren. Wir brauchen besseren gegenseitigen Marktzugang, mehr Mobilität für unsere Partner und eine stärkere EU-Präsenz in regionalen Konflikten.

Wie gesagt: Die Nachbarschaftspolitik ist nicht einfach »gratis«. Sie ist eine wichtige politische Investition, die die EU im eigenen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interesse wirklich tätigen sollte. Und in diesem Sinne arbeiten wir auch an ganz spezifischen Initiativen sowohl für die südlichen, aber auch für die östlichen Nachbarn.

Wie Sie wissen, haben sich die Mitgliedsstaaten unter der französischen Präsidentschaft auf die Gründung einer sogenannten Mittelmeerunion geeinigt. Auf der letzten Außenminister-

konferenz in Marseille Anfang November konnten wir dazu wichtige Fortschritte erzielen. Es wurden die wichtigen institutionellen Weichenstellungen vorgenommen, zum Beispiel der Sitz des Sekretariates wird jetzt in Barcelona eingerichtet. Sie wissen, es war vorher der sogenannte Barcelona-Prozess, das heißt eine gewisse Gerechtigkeit ist hier auch eingetreten. Darüber hinaus wurde bereits ein ganz beachtliches riesiges Projektprogramm, Arbeitsprogramm für 2009 vorgestellt, zum Beispiel Säuberung des Mittelmeers, Entwicklung einer Solarenergieproduktion, aber auch der Ausbau und die Verbesserung der Transportwege.

Wie gut die Einbindung aller Beteiligten, d.h. sowohl arabischer Staaten als auch Israels, funktioniert, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass zum ersten Mal hier gemeinsame Schlussfolgerungen zum Nahost-Friedensprozess angenommen wurden, in denen Israel einen Verweis auf die arabische Friedensinitiative akzeptiert hat. Das ist ganz wichtig. Eine ähnliche Funktion sollte auch eine neue »östliche oder Ost-Partnerschaft« erfüllen, an der ich gerade mit meinen Leuten mit Hochdruck arbeite. Hier hat natürlich die Georgienkrise eine neue Dynamik erzeugt, und zwar in zweierlei Hinsicht: Erstens führt sie uns die strategische Notwendigkeit noch deutlicher vor Augen, noch mehr für unsere Partner in der Region zu tun, das heißt, ihnen noch handfestere Unterstützung zu geben, und das bedeutet natürlich auch Finanzmittel.

Zweitens, das sage ich ganz offen, hat sich auch das politische Gravitationszentrum innerhalb der Mitgliedsstaaten mehr auf diese Region verlagert. Nur um Ihnen ein Beispiel zu geben: Vor dem Sommer war es trotz aller Bemühungen von meiner Seite, aber auch etwa aus Berlin, noch schwierig, eine Mehrheit für Visaerleichterungsabkommen mit Georgien zu finden. Inzwischen haben die Diskussionen über ein Verhandlungsmandat dafür begonnen, und es gibt keine Zweifel mehr an diesem grundsätzlichen Ziel.

Sie werden verstehen, dass ich noch keine Einzelheiten zum Vorschlag dieser »östlichen Partnerschaft« ausführen kann, weil ich eben mit meinem Team in der Europäischen Kommission noch daran arbeite und erst am 3. Dezember dieses präsentiert wird. Aber ich möchte Ihnen die wichtigsten Punkte skizzieren. Die Ostpartnerschaft wird die Ukraine, Moldawien, Georgien, Armenien und Aserbaidshan umfassen, aber kann auch in der Zukunft für Weißrussland gelten, wenn die Bedingungen reif sind. Natürlich beginnen wir dabei nicht bei Null. In den vergangenen Jahren haben wir eben im Rahmen dieser Nachbarschaftspolitik die Beziehungen zu unseren Partnern massiv vertieft.

Auf der bilateralen Ebene müssen wir aber noch mehr auf die europäischen Reformbestrebungen unserer Partner eingehen. Dazu brauchen wir eine ganz neue Generation vertraglicher Abkommen, die eine stärkere wirtschaftliche Integration, mehr Freihandel, klare Fahrpläne für eine Visa-Liberalisierung in der Zukunft und einen verstärkten politischen Dialog beinhalten.

Viele dieser Nachbarländer sind auch von entscheidender Bedeutung für unsere eigene Energiesicherheit. Deshalb müssen wir mit ihnen viel enger im Energiebereich zusammenarbeiten und viel mehr für ihre Energiesicherheit tun. Und auch eine substanzielle Erhöhung der EU-Finanz- und Wirtschaftshilfe ist ein klares Signal an unsere Partner, dass wir es mit unseren Plänen sehr ernst nehmen. Es war ja nicht zuletzt Robert Bosch, der gesagt hat, ihm sei es lieber, Geld zu verlieren als Vertrauen – und das finde ich eine großartige Sache. Die Unantastbarkeit seiner Versprechungen, der Glaube an den Wert seiner Ware und an sein Wort standen ihm höher als ein vorübergehender Gewinn. Und das ist bei der Europäischen Nachbarschaftspolitik nicht anders: Wir müssen mehr investieren – politisch wie finanziell – um die europäische Dividende in Form von Sicherheit, Stabilität und besseren Marktchancen auch wirklich zu erhalten.

Und Sie haben vollkommen Recht, wenn Sie sagen, es ist zu wenig, auch ich finde das. Aber leider, die Mitgliedsstaaten haben uns noch nicht mit mehr ausgestattet.

Und auch auf der multilateralen, also auf der Mehrstaaten-Ebene sollten wir auf den Errungenschaften der Vergangenheit in anderen Regionen aufbauen. Und hier inspiriere ich mich ein bisschen am erfolgreichen »Stabilitätspakt für Südosteuropa«, für den Balkan, wenn Sie sich daran erinnern. Im Hinblick auf eine engere wirtschaftliche Integration sollten wir vielleicht auch darüber nachdenken, eine größere Freihandelszone in Form von bilateralen Freihandelsabkommen zu schaffen. Und um die menschlichen Kontakte zu verbessern, sollten wir die Anzahl der Stipendien im Rahmen der Gemeinschaftsprogramme wie zum Beispiel »Erasmus« wesentlich erhöhen, denn nur so können wir offene Gesellschaften an den Rändern der Union schaffen.

Ich, verehrte Damen und Herren, bin fest entschlossen, die schwierige Transition dieser Länder zu sichern und zu guten und stabilen Demokratien stärker auszubauen. Die Europäische Union ist sozusagen ein Leuchtturm, dessen Strahlkraft wir gerade in unserer Nachbarschaft noch intelligenter einsetzen müssen. Und die Ereignisse im August haben uns gezeigt, dass wir rasch handeln müssen. Und in diesem Sinne werden wir im Dezember mit dem sehr ehrgeizigen Plan für die genannte östliche Partnerschaft wirklich vorstellig werden. Verehrte Damen und Herren, ich möchte zum Abschluss noch auf ein Thema eingehen, das in den letzten drei Jahren immer mehr ins Zentrum der Außenpolitik gerückt ist und sich wie ein roter Faden durch unseren gesamten Außenbeziehungsbe- reich zieht, nämlich das Thema Energiesicherheit.

Die Europäische Union hat sich mit ihrem Klima- und Energiepaket vom März 2007, das die deutsche Präsidentschaft damals sehr gut geschnürt hat, ehrgeizige Ziele gesteckt. Sie hat sich mit ihrer »20-20-20-Initiative« dazu verpflichtet, bis zum Jahre

2020 Treibhausgasemissionen um 20 % zu verringern, den Anteil der erneuerbaren Energie auf 20 % anzuheben und die Energieeffizienz um 20 % zu steigern.

Diese neue Energiepolitik wird die Energieprognosen der Europäischen Union grundlegend verändern. Das Energiepaket wird uns helfen, bis 2020 den Energieverbrauch senken und die Energieimporte reduzieren zu können. Damit wird die Europäische Union erstmals die Aufwärtsspirale des steigenden Energiekonsums und steigender Energieimporte durchbrochen haben. Gerade erst letzte Woche haben wir die sogenannte »second energy review« vorgestellt, einen Vorschlag der Kommission, der diese Energiestrategie umfassend bewertet. Dabei handelt es sich um einen Aktionsplan für unsere Energiesicherheit und unsere Energiesolidarität, denn das Ziel unserer ehrgeizigen Energiepakete darf natürlich über eines nicht hinwegtäuschen: Die Europäische Union wird auch in Zukunft natürlich von Energieimporten abhängig sein, und zwar von Öl-, Kohle- und insbesondere Gasimporten.

Während wir unser Öl am Weltmarkt erwerben können, sind wir bei Gas vorwiegend auf die Regionalmärkte angewiesen, da die Gasimporte in die Europäische Union ja hauptsächlich durch Gas-Pipelines geliefert werden. In diesem Bereich sind wir maßgeblich mit drei Ländern vernetzt, nämlich Russland, Algerien und Norwegen als gesamte Europäische Union. Aus dem Blickwinkel von acht Mitgliedsstaaten ist diese Vernetzung gar nur auf ein einziges Land beschränkt. Daher müssen wir Diversifizierung groß schreiben. Deshalb muss eine Energiestrategie auch wichtige Außen-Aspekte berücksichtigen. Wir können unseren Bürgern keine 100%ige Abdeckung ihres Energiebedarfs zusichern, wenn wir nicht eine zuverlässige und ausreichende Energiezufuhr nach Europa gewährleisten können. Daher ist es auch keine Überraschung, dass eine Reihe von Maßnahmen dieser Energiestrategie-Bewertung auf den Aufbau verlässlicher Energiebeziehung zu Drittländern, ins-

besondere Produzenten, verweisen. Ich engagiere mich seit langem in der Kommission für eine koordinierte europäische Energieaußenpolitik, um eine sichere, verlässliche und nachhaltige Energieversorgung zu erschwinglichen Preisen zu gewährleisten.

Im Mittelpunkt steht die Diversifizierung der Energieversorgung und die Diversifizierung und Verbesserung der Energie-transportrouten. Dabei empfinde ich es enorm wichtig, dass wir unsere Blicke sowohl Richtung Osten als auch Richtung Süden richten, und zwar direkt in unsere unmittelbare Nachbarschaft, aber auch in weiter entfernte Länder Amerikas, Asiens, Schwarzafrikas.

Wir haben bereits mehrere Absichtserklärungen (Memoranda of Understanding) mit Energiepartnern unterzeichnet, die wir gerade umsetzen. Sie umfassen Länder wie die Ukraine als wichtiges Transitland, Aserbaidshan, Kasachstan, Turkmenistan. Mit Ägypten werden wir eine weitere Anfang Dezember unterzeichnen, und mit Algerien stehen wir noch in Verhandlungen. Wir müssen hier vor allem verstärkt mit den Golfstaaten und anderen Ländern des Nahen Ostens zusammenarbeiten. Daher laufen derzeit auch Gespräche mit unseren irakischen Partnern. Und ich selbst war im April in der Golfregion (Saudi-Arabien, Bahrain, Qatar), um die Energiebeziehungen mit diesen wichtigen Schlüsselpartnern voranzubringen. Zudem haben wir uns auf eine Energiezusammenarbeit mit Marokko und Jordanien geeinigt, zwei wichtigen Energie-transitländern.

Eine sichere Energieversorgung erfordert auch eine bessere Kooperation zwischen Produzenten-, Transit- und Konsumentenländern. Mit den sogenannten Maschrek-Partnern arbeiten wir an der Finalisierung der arabischen Gas-Pipeline, die als möglicher künftiger Lieferer für die sogenannte Nabucco-Gas-Pipeline aus dem Osten der Türkei gilt. Dass unsere

Bemühungen Früchte tragen, zeigen die konkreten Zusagen für künftige Energielieferungen. Irak und Ägypten haben uns hier bereits ein Liefervolumen von 7 Milliarden Kubikmetern zugesichert, und auch Turkmenistan hat uns ab 2009 10 Milliarden Kubikmeter in die Europäische Union in Aussicht gestellt.

Verehrte Damen und Herren, trotz aller unserer Bemühungen stehen wir im Energiebereich wie auch bei anderen großen außenpolitischen Themen immer wieder der großen Herausforderung gegenüber, einheitlich aufzutreten. Ich habe es vorhin schon gesagt: Wenn wir mit einer Stimme sprechen, sind wir stark. Obwohl sich die europäischen Staats- und Regierungschefs darauf geeinigt haben, funktioniert dieses Prinzip in der Praxis leider nicht immer - und das sage ich ganz offen. Daher werden wir im Laufe des nächsten Jahres konkrete Mechanismen vorstellen, die mehr Transparenz und mehr Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten untereinander, aber auch zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedsstaaten sicherstellen. Dabei soll auch die Möglichkeit beinhaltet sein, Mitgliedsstaaten verpflichten zu können, große Investitionsprojekte betreffend Öl, Gas und Strom notifizieren zu müssen, das heißt, die Mitgliedsstaaten müssen uns sagen, was sie machen und mit wem sie etwas abschließen.

Ich bleibe als langjährige Außenpolitikerin zwar auf dem Boden der Realität - Politik ist und bleibt das »beharrliche Bohren dicker Bretter«, wie Max Weber das einmal formulierte. Ich denke aber auch, dass beim Thema Energiesicherheit - wie auch bei den anderen Prioritäten, die ich hier angeschnitten habe - die Maxime gilt: Wir brauchen ein besseres, wir brauchen ein stärkeres Europa, denn nur so können wir unseren Bürgerinnen und Bürgern jene Resultate liefern, die sie - zu Recht - von uns Entscheidungsträgern erwarten.

Das mag in einer Union der 27 nicht immer einfach sein. Ich bleibe aber Euro-Optimistin. Der politische Imperativ der europäischen Einheit ist im 21. Jahrhundert relevanter denn je: In einer vernetzten Welt braucht es eine aktive Europäische Union, die ihr Gewicht in die globale Waagschale wirft. Auch unsere Union kann, wenn Sie mir diese Anspielung erlauben, selbstbewusst rufen: »Yes, we can!«

Verehrte Damen und Herren, die EU wird also auf der Weltbühne nur dann Erfolg haben, wenn sie gemeinsamen politischen Handlungswillen zeigt und die Vielfalt ihrer Instrumente intelligent, aber auch kohärent einsetzt. Das haben nicht zuletzt die Erfahrungen der letzten Zeit gezeigt. Aber wir müssen noch besser werden. Das war schließlich auch - und mit dem schließe ich - einer der letzten Grundsätze, nach dem Robert Bosch lebte: »Wer aufhört, besser zu werden, hat aufgehört, gut zu sein!«

Ich bedanke mich.



## Benita Ferrero-Waldner

- 1948 geboren in Salzburg
- 1966 Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Salzburg
- 1970 Promotion
- 1971 - 1983 Exportleiterin, Sales Manager und Assistentin der Geschäftsleitung in deutschen und amerikanischen Unternehmen
- 1984 Österreichische Botschaft, Madrid
- 1986 Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Wien
- 1987 - 1990 Botschaftsrätin, Österreichische Botschaft, Paris
- 1990 - 1993 Gesandte und Stellv. Missionschefin, Österreichische Botschaft, Paris
- 1993 Stellv. Protokollchefin und Gesandte des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Wien
- 1994 Protokollchefin der Vereinten Nationen, New York
- 1995 Staatssekretärin im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Wien
- 2000 Bundesministerin für Auswärtige Angelegenheiten
- 2004 Mitglied der Europäischen Kommission  
Kommissarin für Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik

- :: Klaus Töpfer  
Globalisierung - Konsequenzen für die deutsche Politik in internationalen Organisationen, Oktober 2001
- :: Daniel S. Hamilton  
Die Zukunft ist nicht mehr, was sie war: Europa, Amerika und die neue weltpolitische Lage, Februar 2002
- :: Mahmoud Hamdi Zakzouk  
Der Islam und Europa - ohne Dialog keine Zukunft, Juli 2002
- :: Janusz Reiter  
Die Erweiterung der Europäischen Union - was kommt danach?, Januar 2003
- :: Alfred Grosser  
Deutschland, Frankreich, Europa: was war, was ist, was wird?, August 2003
- :: Amos Elon  
Die Rolle der Juden im neuen Europa, Februar 2004
- :: Erwin Teufel  
Europa im Umbruch, August 2004
- :: Karl Kardinal Lehmann  
Das Christentum und die Grundlagen Europas. Ein Blick in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, November 2004
- :: Kemal Derviş  
Die Erweiterung Europas nach Südosten: eine geschichtliche Wiedervereinigung und die Gestaltung der Zukunft, Juni 2005

- :: Heinrich August Winkler  
Was hält Europa zusammen?, Dezember 2005
  
- :: Joachim Gauck  
Welche Erinnerungen braucht Europa?, September 2006
  
- :: Jean-Claude Juncker  
Welche Vision braucht Europa?, Januar 2007
  
- :: László Sólyom  
Die Verantwortung für den Schutz unserer  
Lebensgrundlagen, September 2007
  
- :: Josef Joffe  
Hypermacht und Friedensmacht: Die Zukunft der  
europäisch-amerikanischen Beziehungen, April 2008
  
- :: Jobst Plog  
Wohin steuern die Medien in Europa?, Juli 2008



## Die Robert Bosch Stiftung

Die Robert Bosch Stiftung ist eine der großen unternehmensverbundenen Stiftungen in Deutschland. Ihr gehören 92 Prozent des Stammkapitals der Robert Bosch GmbH. Sie wurde 1964 gegründet und setzt die gemeinnützigen Bestrebungen des Firmengründers und Stifters Robert Bosch (1861–1942) fort.

Die Stiftung konzentriert sich in ihrer Arbeit auf die Gebiete:

- :: Wissenschaft und Forschung
- :: Gesundheit und humanitäre Hilfe
- :: Völkerverständigung Westeuropa, Amerika, Türkei, Japan, Indien
- :: Völkerverständigung Mitteleuropa, Südosteuropa, GUS, China
- :: Bildung und Gesellschaft
- :: Gesellschaft und Kultur

Zur Stiftung gehören in Stuttgart das Robert-Bosch-Krankenhaus, das Dr. Margarete Fischer-Bosch-Institut für Klinische Pharmakologie und das Institut für Geschichte der Medizin.

Herausgegeben von der Robert Bosch Stiftung  
Foto: Susanne Kern  
Februar 2009

Robert Bosch Stiftung GmbH  
Heidehofstraße 31  
70184 Stuttgart  
info@bosch-stiftung.de  
www.bosch-stiftung.de

© 2009 Robert Bosch Stiftung GmbH, Stuttgart  
Alle Rechte vorbehalten  
ISBN 978-3-939574-13-2